

Neuzeitliche Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzzettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Oberdirektion: Georg Bornhard, Verantw. Redakteur: Wm. A. Handmann; Carl Misch, Berlin, Uwevald. Manuskripte werden zurückschickt, wenn Post bezahlt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 3600-3605, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3600-3608. Telegramm-Adresse: Ullsteinbka. Berlin. Postschekokonto Berlin 4900.

„Front des Widerstands“

Der Reichsausschuß für das deutsche Volksgesetz hat gestern eine Sitzung veranstaltet, die als „Rundungsbearbeitung“ bezeichnet wird, obwohl die Öffentlichkeit ausgeschlossen war. Es ist dies der Fall, wenn Geheimrat Eugenberger auftritt, der eine unvermeidliche Rede danach hat, sich auf irgendwelche Dispositionen einzulassen, um sich beschuldigen und im Bedingungslosigkeitsbündel das Wort zu ergreifen.

Die Veranstaltung wurde im alten Herrenhaus abgehalten, dessen feindliche Mitglieder in dem Parteienkampf der Nation bis zuletzt ihre Vorrechte aufrechtzuerhalten und um damit das Wort reden, um die Koalition zu verhindern und die Revolution vorzubereiten. Diese Rede, die ihnen dabei Beifall gesendet hat, verknüpft heute, daß sich nunmehr, das deutsche Volk zum Wort gemeldet habe und daß der Kampf um den neuen Triumphtag eine „Zeitwende für Deutschland“ zu werden verdirde.

Ein Glanz, das deutsche Volk das wenigstens nachdrücklich erfüllt. Vorher war von der Veranstaltung im Herrenhaus nichts bekannt. Und was dabei wirklich vorgegangen ist, weiß man auch nicht, da nur offizielle Berichte verbreitet werden, geschmückt mit einem Bild, das den Geheimrat Dr. Misch zeigt, wie er dem Reichsausschuß beistehen soll. Man sieht darauf einen unbedeutend kleinen Rest einer Anzahl von Seiten mit fahlen oder grauen Köpfen und auf der Rednertribüne einen schwarz-weißen Tisch. Das Ganze: Volksbewegung im Entzweien.

Als Redner und Rednerinnen hervorgerufen: Franz Eulitz von Göttingen, der Landtagsabgeordnete Dr. A. Gähler, General von der Goltz von den „Baterländischen Verbänden“, Wolf Götter, Dr. Wendhausen, der Westfälische Landtagsabgeordnete, der Landtagsabgeordnete Müller, der als nationaler Arbeiter bezeichnet wird, Ammonette Behnemann, die „im Namen der deutschen Frauen“ redete, der Wirtschaftsführer Dr. Freh Schjölten. Wie oft zusammen erwidert kaum (außer Raul wie Eugenberger) allein.

Als Ergebnis wird die folgende Entschließung mitgeteilt:

1. Der Reichsausschuß für das deutsche Volksgesetz übernimmt das vom Reichstag angeregte Verfassungs-Vollzugsgebot als seine Aufgabe und wird seine Durchführung weiterbetreiben.
2. Der Reichsausschuß für das deutsche Volksgesetz stellt den Kampf gegen den auf dem ersten Reichstagsbesitzungsamt aufgetretenen Pariser Triumphtag in die Dienste seiner Aufgaben. Er wird mit allen gesetzlichen Mitteln, insbesondere mit dem Mittel des Volksbezugs, dagegen kämpfen, daß die Kaufleute der Pariser Schwenkungen zum Zweck für das deutsche Volk erhaben werden. Er wird die Deutschen zum Widerstand gegen den Pariser Triumphtag auf.

Das bedeutet in höchster Umschreibung, daß der Reichstag nun doch seine eigene Volksbewegung, das die Verfassung ändern soll, auf unbestimmte Zeit vertagt, und daß an seine Stelle die organisierte Gaborlage der Außenpolitik tritt. Dieses eigentliche Ziel wird von dem „Tag“ folgendermaßen gekennzeichnet:

„Der Reichsausschuß wird sich nicht mit einem Vorstoß gegen den Staatsrat begnügen, er wird, wenn der erste Schritt in dem Widerstand und die Verfassung, die er mit unzulänglichen Schwierigkeiten kämpfen soll, nochmals vorstoßen, und er wird nicht ruhen, bis er die außenpolitische Front in Deutschland klar geliebt hat: hier die Front des Widerstandes, dort die Front der Reichsregierung. Die gesten gebildete Einheitsfront wird den Kampf mit ganz anderen Mitteln führen können, als sie bei der Bekämpfung des Staats-Rates vorhanden waren. Der Wille zur Einheit hat gefiegt.“

Aus der Rede Hoffens wird mitgeteilt, daß er den Beifall des Generaldirektors Gähler zu dem Reichsausschuß mitgeteilt habe. Die Eugenberger-Reise unterliegt mit begrifflicher Genehmigung die Tatsache, daß ein Mitglied der Deutschen Volkspartei sich an einer Sitzung beteiligte, die sich in einer Linie gegen den Führer der Deutschen Volkspartei und die Verfassung, die er mit Unterstützung seiner eigenen Parteilichkeit betrieben hat und weiter zu betreiben gedenkt.

Mit welchen Mitteln dabei gearbeitet wird, zeigt die Tatsache, daß Adolf Hitler die Regierungsumgebung vom 28. Juni, in der die Reichstags-Deutschen zurückgewiesen wurde, als ein „erzuchtete Schuldburgen“ bezeichnet. Diese Rundungsbearbeitung befindet sich an erster Stelle die Unterdrückung Hindenburgs. Zu dem rechtsradikalen Aktionsprogramm gehört die Verunglimpfung des Reichspräsidenten als „verfallener Mann“. Die Reichstags-Parole des Mittelständlichen Verbandes zeigte, dessen Vorhänger als enger Freund Eugenbergs in den Reichsausschuß der neuen Einheitsfront gewählt wurde. Auch nicht form man sich auf einiges gefügt haben. Der angebliche Kampf gegen

die Kriegsschuld wird offensichtlich zur Verflechtung der wahren Ziele benötigt. Man spekuliert auf die Unwissenheit der bemutigt unmaßgebend Behauptung: „Gült die Schuldfrage, fallen die Ketten.“

Organisationsform bedeutet die Eingliederung Adolf Hitlers in eine gemeinsame Front mit Landtagsabgeordneten und Anhängern einer Gruppe von Bundestagsgliedern. Gauderer Generalvollmacht, um mit dem Reichsterritorier Eugenberger, Professor Ludwig Bernbach, zu sprechen. Was Taktik und Organisation vermögen, wird erlaucht auf benötigt. Was fehlt, ist das geistige Element, das Verständnis für die Aufgaben der Zeit, das Gefühl für die umfängliche Verantwortung, die seit 1914 in Deutschland, in Europa, in Asien und in

Amerika vorgegangen ist. Es ist die Ueberhöhung der Materie, die Unterhöhung des Geistes, die immer wieder die tätigen Erfolge des Jugendbewegtes in strategische Niederlagen verwanbelt. Selbst man nur auf die Karten, können ihre Bläse nicht festhalten und doch hat sich immer wieder erneuert, daß alles, was sie gebaut haben, Kartenblätter waren, die der Hand der Bitterkeit unbedeutend.

Es gab um so viel misleitete Energie, so viel Kraft und Stoff, so viel gutes Material, das bei Ueberaufregung der Nation große Dienste leisten könnte, und doch immer wieder vergeudet wird, weil man die Scherfingarbeit aller Generalstabler und ostelischer Vortragsabende mit fünf Prozentumverwechelt!

Der Kanzler geht zur Konferenz

Der Gesundheitszustand des Reichskanzlers war vor seiner Reise nach Kopenhagen so unangenehm, daß mit seiner Teilnahme an der politischen Reparationskonferenz damals nicht gerechnet werden konnte, besonders da man annahm, daß die Konferenz schon Mitte Juli beginnen werde.

Jetzt darf es als feststehend gelten, daß die Regierungskonferenz, gleichgültig, ob sie in London oder in der Schweiz tagen soll, am 6. oder 8. August einberufen werden wird. Da sich das Verhalten des Reichskanzlers inzwischen bereits erheblich gebessert hat, dürfte die ursprüngliche Disposition geändert werden.

Reichskanzler Müller-Franke wird die Führung der deutschen Reparationsverhandlungen übernehmen, da auch alle anderen Mächte durch die Regierungskonferenz vertreten sein werden.

Bombenanschlag in Schleswig

Landratswohnhaus in Niebüll zerstört

Ein Sprengstoffattentat wurde in der Nacht zum Mittwoch auf das Wohnhaus des Landrats Dr. Stalwein in Niebüll in Schleswig-Holstein verübt. Obwohl die Familie des Landrats im Hause schlief, wurde durch einen glücklichen Zufall niemand verletzt. Dagegen ist der Schaden erheblich. Die eine Wand des Hinterhauses wurde vollständig weggesprengt, die Rückwand hat durch die Wucht der Explosion vollständig zerfallen. Die Explosion erfolgte durch eine Bombe im Seitengang. Die Täter sind unerkannt geblieben. Bedinglich ein Auto wurde beschädigt, das aus Zeit der Explosion mit welcher Schnelligkeit in südlicher Richtung fortfuhr. Man nimmt an, daß die Attentäter dieses Auto zur Flucht benutzt haben. Am Montag fanden sich am Vormittag der Regierungspräsident von Kiel, Vertreter der Staatsanwaltschaft Flensburg und der Bundesverwaltungsbehörde ein. Die Untersuchung wird am ehesten geendet, als dies innerhalb weniger Monate bereits das flenkende öffentliche Amt in dieser Gegend ist.

Lehe gegen den Staat und besonders gegen die Finanzämter der Provinz.

Das preussische Ministerium des Innern, dem bereits telephonisch vom Regierungspräsidenten in Kiel der erste Bericht über das neue Attentat gegeben worden ist, hat aus Staatsmitteln eine Untersuchung vom 1. Juni an in Kiel ausgesetzt. Im Verlaufe der Arbeit der Kieler Regierungspräsident über die weiteren Maßnahmen zu entscheiden haben.

Das erste Bombenattentat in Schleswig-Holstein ereignete sich in der Nacht zum 27. November 1928 in Hüllendorf (Kreis Schleswig) auf das Haus des Amts- und Gemeindevorstehers Nr. 28. November wurde in Lunden im Kreise Nord-Dittmarschen ein Dynamitattentat auf das Wohnhaus des Amtsvorstehers gemacht. Am selben Tage ist eine Bombe am Bahnhof des Amtsvorstehers von Heidenfeld zur Explosion gebracht worden. In der Nacht zum 4. April dieses Jahres wurden in Westfriesland Landparaden gegen das Haus des Kreisdeputierten Blümmann gemessen. In der Nacht zum 28. Mai ereignete sich die Explosion im Landratsamt von Jöhden. In der Nacht zum 29. Juni 1929 schließlich wurde in der Aufwogener des Schulrates von Dohmsenfeld ein Paket Pulver zur Explosion gebracht. Es liegt also zweifellos eine planmäßige Aktion gegen die Vertreter der Behörden und andernbenachteiligten Personen vor.

Opfer der Spionage-Psychose

Wieder ein Deutscher in Polen verhaftet

Das Vorhandenbleiben des Bundesdes Deutschen Kriegesgeheimhaltung, das durch den Verstoß der Deutschen, ist in der Nähe der polnischen Stadt Rüsse verhaftet worden, als er einen dortigen Gedenkstein photographierte, was polizeilich verboten ist. Selbst begünstigt hat die polnischen Ortsbehörden nicht mit der Verhängung einer Geldstrafe, sondern leisteten lediglich eine Unterbringung wegen Spionage ein, anzuweisen, weil Stand für seine Fahrt, die er im Auto unternahm, und für die Auffindung der Fremdenpolizei einige im Wohnhaus fünfzehn Generalstabsoffiziere in Polen bei Rüsse. Der mehr als hundertjährige Herr, der u. a. die Wälder seiner eigenen Gärten in Polen besuchen wollte, befindet sich nun bereits seit Ende voriger Woche in Haft.

Wie wir aus Anfrage erfahren, sind vom amtlicher deutscher Seite bereits Vorstellungen in Warschau erhoben worden, die aber leider bisher erfolglos geblieben sind.

In dem Fall derdeutscher Studenten, die vor einiger Zeit in Opatowitz auf einer Fahrt durch die dortigen deutschen Gestaltungen verhaftet worden waren, hat sich die Untersuchung jetzt bereits auf zwölf Wochen ausgedehnt. Es ist dringend zu wünschen, daß die polnischen Behörden, die ernsthaft

an der Formlosigkeit der Verhaftungen nicht zweifeln können, gegenüber dem betrogenen Betreuer des Kriegsgeheimnisses nicht demnach verfahren.

Afghanisches Diplomaten-Gepäck

Paris, 10. Juli | Ullstein-Nachrichtendienst

Einen etwas peinlichen Aufschub im Zusammenhang mit dem afghanischen diplomatischen Gepäcksangelegenheit wird wahrscheinlich der bisherige afghanische Gesandte in Paris nehmen, der inzwischen nach Kabul verkehrt worden ist. Der Gesandte hatte nämlich eine Befehlserte an die französische Außenverwaltung gerichtet, weil ihm vor große Rufen, die als diplomatisches Gepäcks befristet worden waren, wurden nicht ausgeführt.

In dieser Beziehung erklärte der Gesandte, daß die vier Rufen lediglich persönliche Gegenstände enthielten. In dem Zusammenhang aber, wo die Außenverwaltung zur Freigabe des Diplomatengepäcks sich entschloß, stellte sie fest, daß aus einer dieser Rufen ein verdächtiges, etwas feines Pulver herausgerollt. Eine chemische Untersuchung ergab, daß dieses nicht Pulver nichts anderes als ein Stein war. Gelesen wurden sämtliche Rufen geöffnet, und man stellte fest, daß sie alle die zum Hande mit diesem gefährlichen Pulver gefüllt waren.

Wegen den Diplomaten wurde sofort eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet, wegen Mißbrauch des Diplomateneigentums und weiterer Einflüsse von Handlungen. Der Wert der Gefährdung beträgt etwa eine Million Franken.

Barter Gilberts Stoffchenbericht

Was Bettinger erwartet

Barter, der besondere Vertrauensmann Boincaré, berichtet in einem hier veröffentlichten, eingehenden aus dem hiesigen „Auslandsbericht“ für den 2. Juli über die amnestischen Reparationsangelegenheiten, die in den nächsten Tagen erscheinen sollen. Nach seinen Angaben soll Barter Gilbert auf Oesterreichern der deutschen Zeitungsöffentlichkeit hinweisen, die er aber nicht etwa in den hohen Ansprüchen steht, die die deutschen Reparationsleistungen an die Finanzkraft des Reiches stellen, sondern in der Festlegung des Reiches und den damit verbundenen Schwierigkeiten, die es in einem engen Zusammenhang mit der Politik des Reichsfinanzministers Dr. Billingering bringt.

Man muß vorsichtig annehmen, daß diese Barter Mitteilungen mehr dem empirischen, was Bettinger gerne lesen möchte, als dem, was in dem Bericht wirklich zu lesen sein wird. Denn wären die Bettingerschen Mitteilungen richtig, so würde Barter Gilbert dem widersprechen, was er vor noch nicht allzu langer Zeit in seinem gegenüber dem Reichstag über die deutsche Finanzlage sehr eingehend geäußert hat. Schon vor drei Wochen, daß dieser Bericht mit seiner vielfach sehr übertriebenen Äußerung der deutschen Finanzkraft in Deutschland barter Überzeugung besetzt ist. Auch die Optimisten waren sich darüber einig, daß der Bericht einen hochgradigen Optimismus im Grunde trug. Doch der deutschen Sachverständigen durch diesen Optimismus ihre Verhandlungsmöglichkeit in Paris nicht gerade erleichtert worden ist, unterliegt keinem Zweifel.

Man kann auch sich gewiss nicht gut vorstellen, daß schon aus so langer Zeit Barter Gilberts Finanzlage Urteil über Deutschland ins große Gegenteil umzuwenden wird. Denn in der Zwischenzeit hat sich nichts ereignet, was ihn dazu veranlassen könnte, zumal der amnestische Reparationsvertrag gerade die Schwierigkeiten der Hoffenlose und die Bemühungen Dr. Billingering, sie zu lösen, schon vor seiner Abreise aus Berlin sehr genau zum Ziel auszuwählen. Die Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister selbst kann. Deshalb müßten wir vorläufig auch noch die Meinung des Bettinger für unrichtig halten. Er würde sie fast als wahr bezeichnen, kann aber nicht anders als Urteil ihrer Zeit, die schon den letzten Oesterreicher Barter Gilberts für nicht mehr unrichtig gehalten haben. Denn wenn damals Barter Gilbert gegen Deutschlands Verhandlungsinteresse die deutsche Finanzlage übertrieben wußt darstellte, und wenn er jetzt, kurze Zeit hinterher (so es dazu anstand), das Vorgesagte zu bestätigen und besonders in Form der politischen Zusammenhänge den Wertungen in die wirtschaftliche Zeitungsöffentlichkeit zu veröffentlichen, so müßte er sich als sehr unglücklich fühlen, plötzlich auf die Gefahren der deutschen Finanzpolitik hinweist, bedeutet das jedenfalls eine Schwärzung der Betretung des deutschen Standpunktes und der deutschen Ansprüche.

Dazu kommt aber, daß, wenn der Bericht Barter Gilberts wirklich aus dem von Bettinger behaupteten Inhalt haben sollte, der amnestische Reparationsvertrag von der bisher streng verhaltenen Öffentlichkeit abgesehen ist, würde, sich nicht in die letzten drei Wochen der Öffentlichkeit zu veröffentlichen. Barter Gilbert hat bisher seinen Bericht lediglich der deutschen Finanzlage am sich zugrunde gelegt, ohne die Fähigkeit der deutschen Finanzminister in Betracht zu ziehen. Ein Aussprechen von dieser eigentlich selbstverständlichen Methode der Berichterstattung nicht in der ganzen Welt das Vertrauen zu Barter Gilbert erhöht. Es ist kaum denkbar, daß dieser Höhe Finanzmann, der bisher das größte Vertrauen der Welt genoss, das internationale Vertrauen in seine Ehrlichkeit und Unparteilichkeit zu verlieren, jetzt gerade, wenn seine Aufgabe nicht die deutsche Vertrauenspersonen wollte.

Man darf deshalb wohl annehmen, daß es sich hier um einen Versuch gewisser Kreise um Boincaré handelt, unzureichend. Diese Versuche sind recht interessant. Denn es spricht sich darin der Wille aus, gegen die englische Arbeiterregierung in den kommenden Verhandlungen eine Front heraufzuheben. Man schätzt den sozialistischen Finanzminister Dr. Billingering und meint aber den sozialistischen Finanzminister. Seine politische Richtung, Boincaré'sche. Doch sich zu betriebligen Durchdringen einer amnestischen Finanzregel bringen sollte, ist kaum anzunehmen. Der Bericht Barter Gilberts soll in den nächsten Tagen erscheinen. Man wird dann erfahren, was an den Mitteilungen Bettinger der Wahrheit entspricht. B. H. d.

Mißtönendes Echo

Im Köln ist endlich ein Gempe! statuiert worden, das dringend notwendig war und höchstwillig belliam wird. Das erweiterte Schöffengericht in Köln hat den Bescheid des Hochverwaltungsorgans „Das Echo“, wegen Verletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, was ihm eine Buße von insgesamt 2000 Mark an die Behörden auferlegt.

Das „Echo“, ein kölnsches Lokalblatt, das von der Aufzählung des kühnsten Geistesalles seine Sentenzen zieht, hatte über ein junges Mädchen ehrenrührige Behauptungen verbreitet, für die in der Hauptverhandlung nicht der Schatten eines Beweises beizubringen war. Selbst wenn die Mitteilung nicht erlunden, sondern wortwörtlich jurefalsch gewesen wäre, so ist ein solches Organ, das öffentlichen Meinung sein kann, in die Grundsätze der Richter einzuordnen. Die verantwortungsbewußte Presse handelt längst danach. Jeder gibt es für die Staatsorganisations sein Mittel, sich der sogenannten Kollegen zu erwehren, die aus Sensationalität oder zur politischen Berührung — namentlich in den „nützlichen“ Blättern wird immer wieder verurteilt, durch Enthüllung aus dem Privatleben die politischen Gegner zu kompromittieren — sich selbst Aufzählungen zu verfahren können lassen.

Sie die in die Öffentlichkeit Gegebenen ist es oft ganz unmöglich vor Gericht zu gehen, weil bei der ganzen Art unserer Zeitungsberichterstattung Dinge, die den verurteilten Angeklagten möglicherweise gar nichts zu tun haben, sehr peinlich

Boincaré muß kämpfen

Ein mißglücktes taktisches Manöver

Paris, 10. Juli / Ulstein-Nachrichtendienst

Die große Annahmedebatte über die Reparationen und die internationalisierten Schulden, die nun endlich morgen nachmittags beginnen soll, kündigt sich nicht besonders günstig für die Regierung Boincaré an.

Boincaré hatte gestern versucht, die Atmosphäre zu bessern, indem er sich bereiterte, die seit Monaten vorliegenden Interpellationen über die Finanzpolitik und die internationalisierten Schulden gleichzeitig mit der allgemeinen Aussprache über das Reparationsgesetz selbst zu erledigen.

Die Pläne hat aber das Manöver fortgedauert. Wenn man nämlich, wie es Boincaré's Plan war, zunächst die Interpellationen der Rechten nach hinten schieben lassen, um dann erst mit der eigentlichen Diskussion über die Billigung zu beginnen, hätte sich nur allzu leicht die Möglichkeit ergeben können,

daß die Regierung mitten in der Debatte plötzlich den Schritt der Disjunktion beantragt und das übliche Vertrauensvotum verlangt hätte. Daß dies in der Tat die Absicht Boincaré's gewesen sein muß, zeigt keine unüberlegte Erwägung, als die Sozialisten und die Radikalen gefahren ihre fünfstelligen Interpellationsanträge zu verdrängen.

Das Beispiel der Rechten machte auf die Kammer einen besorgten Eindruck, daß sich auch die Interpellanten aus dem Lager der Rechten dem Bericht angeschlossen. Es ist natürlich klar, daß förmliche Interpellationsreden in der allgemeinen Aussprache, die am Donnerstag mit der traditionellen gemachten Dauerrede Boincaré's beginnen wird, ihre Sprichwörter durch auflösen werden. Hier es ist der Regierung die Möglichkeit verloren, sich ein Vertrauensvotum geben zu lassen.

Die Debatte dreht sich jetzt ausschließlich um die von der Finanzkommission vorbereiteten Beschlässe, die bekanntlich gegen den Widerstand der Regierung gestellt worden sind. Boincaré kann also ohne seiner Position nicht mehr durch ein überflüssiges Manöver entfallen, sondern er muß sie im Frontalangriff bekämpfen und besiegen. Seine Position hat sich also wesentlich verschlechtert.

Reichsgericht gegen Reichstag

Die Entscheidung des Reichsgerichts, durch die das am Reichstag im Juni beschlossene und im Reichsgesetzblatt am 8. Juli veröffentlichte Sperrgesetz für verfassungswidrig und deshalb rechtsunwirksam erklärt worden ist, kommt nicht überraschend. Bereits bei der Beratung des Gesetzes waren lebhaft Zweifel an seiner Verfassungsmäßigkeit laut geworden. Deshalb war bei den Vorbereitungen des Gesetzes eine entsprechende Vorkehrung, so sei zur Vermeidung von Zweifeln" fasshaft worden, daß die Gesetzgebung verfassungswidrig erklärt wird. Die Sozialdemokratie war nicht gut beraten, als sie die Streichung dieser Klausel beantragte.

Diesem Antrag haben nicht nur Vertreter der Reichspartei und Reichstages der Deutschen Volkspartei, wie Wunderlich und Stahl (dieser unter Berufung auf eine gutachtliche Meinung von Prof. Tzielle) widersprochen. Auch die demotokratische Fraktion habe durch ihren Vorsitzenden, Abgeordneten Daa, erklärt, sie halte an der Auffassung fest, daß der Gesetzentwurf, der in das Reich der Reichstag, nicht zu nehmen eintrifft, verfassungswidrig sei. Sie hat deshalb gegen den sozialdemokratischen Antrag gestimmt. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem auf ihrem Antrag beharrt hat, so mußte sie sich doch darüber klar sein, daß seine Annahme an der Reichstages nicht das geringste ändert.

Die Frage, ob ein Gesetz die Verfassung ändert und ob deshalb die betreffenden Vorschriften des Artikels 76 beobachtet werden müssen, kann den Gerichten, insbesondere dem Reichsgericht, nicht anheim gegeben werden. Vollständig korrekt hätte daher auch die Reichstagesentscheidung 2356 nach der Annahme des förmlich demotokratischen Antrages sein, daß der Reichstag durch diesen Beschluß nicht die Frage der Verfassungsmäßigkeit entscheidet, sondern die Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit den Instanzen überlassen habe, die ständig dazu berufen sind.

Der förmlich demotokratische Antrag hat also zu einer Niederlage des Reichstages geführt, die vermieden worden wäre. Die Frage der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes, welches für bestimmte Reichstagesleistungen, nämlich diejenigen über den Stand der Ständeberechtigten und ähnlicher Ansprüche, eine Auslegung vorgeschrieben, mußte von vornherein zum mindesten als sehr zweifelhaft angesehen werden. Niemand darf seinen gesetzlichen Rechte entgegen werden, laut Artikel 106 der Reichsverfassung. Ein Gesetz, das in ein solches Vergehen eintritt, wird man damit in Geltung bringen können. Daraus folgt sehr interessant wäre die Frage, ob der Reichsgericht eine solche Verletzung durch Artikel 106 der Verfassung annimmt, der die Gleichheit vor dem Gesetz proklamiert. Wenn bei der Auslegung dieses Artikels freilich die Willkür sehr leicht darzulegen, so ist eine Anweisung an den Richter oder auch an den Gesetzgeber darstellbar. Würde das Reichsgericht die Verfassungswidrigkeit wegen Verstoßes gegen Artikel 106 behaupten, so hätte es sich damit auf den Standpunkt der zweiten, von Anfang neuwertigen, Theorie gestellt. E. E.

Ebermayers Gutachten

Von offizieller Seite wird mitgeteilt: Der Reichspräsident ist nach der Verfassung verpflichtet, die Verfassungsmäßigkeit jedes auf seine Befehle ausgehenden Gesetzes vor der Verkündung zu prüfen. Da im Reichstag vielfach Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit des Sperrgesetzes geäußert worden, hat der Reichspräsident beim Reichsanwalt die Einholung des Gutachtens eines unparteiischen angesehenen Juristen angeordnet. Es wurde daraufhin Oberrechtsanwalt Dr. Ebermayer beauftragt, der in seinem Gutachten die Verfassungsmäßigkeit des Sperrgesetzes bejaht, indem er zu dem Schluß kam, das Sperrgesetz ist nicht verfassungswidrig. Auf Grund dieses Gutachtens hat der Reichspräsident das Gesetz unterzeichnet.

Der Untergang des „H 47“

London, 10. Juli / Ulstein-Nachrichtendienst

Wie nunmehr feststeht, hat bei dem gefährlichen Zusammenstoß der beiden englischen Unterseeboote an der wallisischen Küste im ganzen 24 Personen umgekommen, 21 Mann vom Unterseeboot „H 47“ und drei vom Unterseeboot „L 12“. Die drei Überlebenden von „H 47“ sind von einem Unterseeboot-Waiferboot übernommen worden und werden nach Millford Haven gebracht werden.

Ein neuer Dauerflug-Record

Der vorige Record — drei Tage alt

New York, 10. Juli / Ulstein-Nachrichtendienst

Die Flieger Lorenz Warneil und Robert Staehel, die, wie berichtet, am vorigen Dienstag mit dem Flugzeug „Higgins“ Caledonia City in Kalifornien aufgeflogen waren, um den Dauerflug zu brechen, haben am Dienstag nachmittag den erst drei Tage alten Weltrecord der „City of Cleveland“ überboten. Um 2.30 Uhr morgens New-Yorker Zeit waren sie 183 Stunden in der Luft, also eine Stunde länger, als die „City of Cleveland“-Deute. Der Motor arbeitet glänzend und die Flieger sind offenbar noch nicht ermüdet. Sie wollen versuchen, den Record über 200 Stunden zu strecken. Als sie sich 175 Stunden 59 Minuten in der Luft befanden, wurden sie von 75 Soldaten neuen Verkehrs- und letzten ihren Flug fort.

Die Schwertwenzelfächer-Affäre

Sabathieraffäre will der Oberster Sabathieraffäre will, der beschuldigend wird, zusammen mit mehreren anderen Personen russische Spionageagenten in großem Umfang gefügigt zu haben, hat heute vormittag ein Spärrichtungsamt festgenommen. Auf Antrag seines Verteidigers wurde Sabathier sofort nach Untersuchungsausschuss unter Verhaftung aus der Haft entlassen. Der Spärrichtungsamt wurde aufgegeben. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Beschuldigten sofort Haft zu verhängen.

Müdes Austritt

Das Wählangebot, das der nationalsozialistische Kapitänleutnant von Müde an die hiesigen Sozialisten und Kommunisten gerichtet hat, ist an dieser Stelle als ein Zeichen für tiefgehende Wählungsveränderungen innerhalb der Hitler-Partei gedeutet worden. Es war offenbar ein Gegenstück des radikalen Fingels gegen die Haltung der nationalsozialistischen Parteiführung, die sich in die Regierungsfrente eingliederte. Die „Reichsleitung“ der Nationalsozialisten hat diesen Vorstoß wohl oder über gelassen, in der Hoffnung, daß sich negatives Ergebnis ihrer Bemühungen erleichtern werde, das über die Nationalsozialisten mit der Augenbartei und dem Stabteil zusammenhängt. In diesem Sinne hat Adolf Hitler selbst in seinem Wählenden Organ den Müde'schen kommuniziert. Um so peinlicher ist es für den nationalsozialistischen „Diktator“, daß er unmittelbar darauf mitteilen muß, daß Kapitänleutnant Helmuth von Müde seinen Austritt aus der Partei erklärt habe.

Amerikanischer Besuch bei der Reichswehr

Am 11. Juli trifft für wenige Tage der Kommandeur der 3. Armee-Bezirksgruppe in der Besatzungszone, General Gonnor, in Berlin ein. Er wird militärischen Übungen in Ostpreußen und Ostpreußen teilnehmen und die Artillerieoffiziere in Stützbezirk besichtigen.

Nachträge zum Kirchenvertrag

Im „Vorwärts“ ergab 16 sozialdemokratische Abgeordnete des Preussischen Landtags eine Erklärung ab, in der sie als Gegner der Regelung der Beziehungen des preussischen Staates zur katholischen Kirche durch ein Referendum sich bekennen. Sie hätten sich aber dem Freiheitsbewußtsein auf Bestimmungsgesetz gefügt, nachdem sie mit ihrer Auffassung in der Reichswehr geliebten sind.

